

Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum und Umgebung monatlich 4 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12 Mk., halbjährlich 24 Mk., jährlich 48 Mk. — Einmalige Anzeigen 10 Pf. — Für unregelmäßige Einlieferungen haften die Abonnenten nicht. — Rückporto ist beizufügen. — Zusendungen der Schriftleitung von 11—12 Uhr vorm. und 5—6 Uhr nachmittags. — Im Falle höherer Gewalt, auch durch Krieg oder Streik verursacht, erfolgt keine Verantwortung für Verspätung und Verlust von Sendungen. — Kostenloser Umlauf: Unterzeichnung von 300 Mk. nach Vorlage unserer Rechnungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt und Landkreis Bochum
Druck und Verlag: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Dudenbergstr. 11, Fernsprecher 123. — Postfachkonto Köln Nr. 41494.
Schriftleitung: Dudenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Am Verbreitungsbezirk 50 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Stellenanzeigen 35 Pf., außerhalb 60 Pf., für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; in der letzten 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 250 Pf. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeliebten Tagen und Stunden wird keine Gebühr erhoben. — Bei zwangsweiser Verbreitung der Einrückungsgebühren durch die Post oder in sonstigen Fällen wird der bewilligte Rabatt nicht gewährt. — Annahmefristen von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Der Rücktritt Wirths in der französischen Presse.

Der „Temps“
Schreibt zur Ministerkrise in Deutschland, ob der Sturz des Kabinetts Wirth provisorisch oder endgültig sei, sein Verdict könne nicht verfallen. Aufrecht republikanisch und fest davon überzeugt, daß Deutschland seinen Rang in der Welt erst wieder einnehmen könne, wenn es sein Wort halte, habe er den Ultrareaktionären widerstanden. Das Kabinett Wirth sei für seine Anhänger ein Symbol gewesen und es habe bedeutet: Republik, Freiheit und nationale Anstrengungen. Wenn das Kabinett Wirth wieder zur Macht gelange, wäre die Lage geändert und man würde jetzt den Beweis haben, daß seine Gegner ihn je nach ihrem Willen stützen könnten.

Niemals vielleicht seit dem Waffenstillstand sei es notwendiger gewesen, eine Karte und ein heftige Front entgegenzustellen. Das sei ein Grund mehr, alles zu vermeiden, was die Alliierten und die Franzosen untereinander trennen könnte.

Jaques Bainville
Schreibt in der „Liberte“: Wie immer auch die Ministerkrise gelöst werde, die Demission des Reichskanzlers gebe der Politik des Abkommens und des Entgegenkommens einen Stoß. Der Beweis sei erbracht, daß Deutschland, ob Demokratie oder nicht, unerträglich sei und immer bereit, sein Wort zu widerrufen.

Die französische Politik müsse auf der Hut sein, wenn sie nicht wolle, daß der Reichskanzler und seine Nachfolger Mißbrauch mit dem Kredit treiben, den man unglücklicherweise den Deutschen gewährt habe, daß man guten Willens warte.

St. Brice
im „Journal“: Die Krise sei unvermeidlich gewesen. Das Kabinett Wirth sei zu schwach gewesen.

wesen, um einen so heftigen Sturm, wie ihn die Entscheidung über Oberbefehlshaber hervorgerufen habe, widerstehen zu können. St. Brice meint, seit acht Tagen habe sich die Frage darum gedreht, ob es zu einer parlamentarischen oder zu einer außerparlamentarischen Krise kommen werde. Nach seiner Ansicht sind die Parteien unentschieden, das werde sich zeigen, wenn eine Regierung gebildet werden soll, die schließlich ohne die Sozialisten zustande kommen werde.

Es sei sehr schön, gegen eine Entscheidung zu protestieren, die man nicht verhindern könne. Der Protest sei kein Parteiprogramm. Man müsse also in Deutschland zeigen, daß eine Mehrheit vorhanden sei, die fähig sei, die Gefahr eines offenen politischen Kampfes gegen die Alliierten zu wagen.

Gustave Herbe
erklärt in der „Victoire“, seit Reichskanzler Wirth seine Stelle gemacht habe, wüßte man in Frankreich im Interesse der republikanischen Deutschland, daß es sein Ministerium neu bilde und die Macht wieder erhalten werde.

Wenn die Volkspartei ohne sozialistischen Gegenstand zu Herren der Macht würden, würde die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich wieder eintreten, und das bedeute Verzögerung in den deutschen Zahlungen und Besetzung des Ruhrgebiets. Dadurch würde das Wert der Billiarisation Europas einen beträchtlichen Rückschritt erleiden, ohne daß jemand einen Nutzen davon habe. In seiner entscheidenden Stunde liege das Schicksal Deutschlands in den Händen der Sozialisten.

Der sozialistische „Populaire“
will wissen, man sei in deutschen sozialistischen

Kreisen davon überzeugt, es sei der Wunsch Englands, daß die Volkspartei in die Regierung eintrete und daß dies nicht ohne Einfluß auf die Haltung geblieben sei, die der Reichskanzler seit einiger Zeit einnehme und die zu seiner Demission geführt habe.

Der Sturz des Ministeriums Wirth werfe nicht nur in internationaler Beziehung einige wichtige Probleme auf, das Ergebnis sei auch innerpolitisch für Deutschland nicht weniger ernst. Das Blatt sagt unter gleichzeitiger Hinweis auf die Ereignisse in Luzern, mehr denn je falle dem Proletariat in Mitteleuropa, in erster Linie aber dem so machtvoll organisierten Proletariat in Deutschland, die Aufgabe zu, zu verhindern, daß die Reaktion wieder an Macht komme.

Der Führer der Radikalen
Hdg. Herriot
hielt in Laroche eine Rede, worin er u. a. sagte: Die Republik gewann den Krieg, sie muß auch den Frieden organisieren. Eine Gefahr wird nicht von dem Deutschland von heute, das entwaffnet und geschwächt ist, sie wird von dem wieder aufgebauten Deutschland in 5, in 10 Jahren kommen. — Da muß man wachen und vorausschauen, aber man darf in Frankreich nicht eine Agitation entfachen lassen, die gefährlich und verbrecherisch sein würde.

Wenn unser Land stark bleiben soll, muß man auch weise bleiben. Für Herriot besteht das augenblickliche französische Programm darin, den Rhein zu überwachen und Nordfrankreich zu organisieren, sich aber nicht auf ferne Abenteuer und militärische Expeditionen einzulassen.

Vor der Bildung einer neuen Regierung.

Noch währen in Berlin die Verhandlungen um die Bildung einer neuen Regierung. Noch geht es um die Frage, ob wir die oberste Entscheidung „annehmen“, d. h. mit unserer Unterfertigung anerkennen. Es unterliegt wohl im gesamten bürgerlichen Lager bis weit in die Kreise der Mehrheitssozialdemokratie hinein nicht dem geringsten Zweifel, daß die Annahme der obersten Entscheidung durch die Reichsregierung — gleichgültig welche Formel man dafür wählt — gleichbedeutend wäre mit der Preisgabe des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und mit dem Verzicht auf den Einwand der Vertragswidrigkeit der Entscheidung. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat bereits am Freitag nachmittag, wie bekannt, beschlossen, den Senatsentscheid abzulehnen. Dieser Beschluß ist moralisch und logisch unantastbar. Dank der Fehler unserer gerabegte unünftigen Politik seit den Waffenstillstandsverhandlungen im Jahre 1918 sind wir macht- und wehrlos; wir müssen der brutalen Gewalt augenblicklich weichen. So weit sind wir aber noch nicht, daß wir unter diesen Umständen unseren Namen setzen, daß wir diesen Vakt der Gewalt als Recht anerkennen. Lehnen Endes geht der Rücktritt Wirths und die Bildung der neuen Regierung darum, endlich einmal nein zu sagen. Eine Parteikolonne, welche in irgend einer Form eine Annahme dieser obersten Entscheidung ausdrückt, ermächtigt direkt die Weltmächte in der Politik der Dirseltgen und Fußtritte, mit denen wir seit 1918 traktiert werden.

Der Rücktritt des Kabinetts Wirth ist der erste Schritt auf dem Wege der Selbstbestimmung nach den vorangegangenen Regierungen der unbedingten Unterwürfigkeit unter den Willen der Entente. Selber ist der Rücktritt dieses Kabinetts erst nach recht langen, unerfreulichen Verhandlungen erfolgt. Unserem Ansehen vor dem Auslande wäre besser gedient gewesen, wenn dieser selbstverständliche Rücktritt nach einem solchen politischen Gesichtspunkt vollzogen hätte, ohne daß erst der Reichskanzler zum Rücktritt hätte gedrängt werden müssen. Wir betonen ausdrücklich, daß durch diese verhängnisvolle Wendung der Dinge alle sonstigen Differenzpunkte des entscheidenden Bürgerturns gegen das Kabinett Wirth in den Hintergrund zu treten haben. Es stehen durch den Gang der Dinge überhaupt nicht mehr zur Diskussion. Nach dem Gesichtspunkt von Genf und Paris war die Demission eines Kabinetts, das mit diesem Gesichtspunkt vorbezeichnet ist, unter den augenblicklichen politischen Verhältnissen einfach vaterländische Pflicht. Gut wäre es gewesen, wenn dieser vaterländischen Pflicht das Kabinett Wirth sich etwas schneller, etwas mehr von sich heraus, ohne Zutun der Fraktionen mit ihrem sanften Druck unterzogen hätte. Wir bedauern es lebhaft, daß auch nach zur Stunde die sozialdemokratische Presse bestrebt ist, dem Fall Wirth innerpolitisch auszuhebeln, daß sie immer noch in den Vordergrund ihrer Diskussionen die wehmütige Betrachtung stellt, daß es besser gewesen wäre, das Kabinett Wirth wäre erhalten geblieben. Die sozialdemokratischen Parteiführer, der Widerspruch gegen ein mehr rechts gerichtetes Kabinett behauptet trotz der Not des Vaterlandes immer noch die ganze Ideenwelt der Sozialdemokratie. Das Bestreben nach einer großen, breiten Regierungskoalition, das einzig gegebene Fundament für die Meisterung der überaus trüben Lage, wird immer noch von der Sozialdemokratie als ein Übel angesehen, das erst dann in Betracht kommt, wenn eine rein sozialistische Regierung, ein Kompromiß zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten mit dem Zentrum als Ausgangspunkt nicht gut zugemutet werden kann, in einem demokratischen Staat ohne Beteiligung der Verfassung sicher nicht, folglich in der augenblicklichen Notlage die Sozialdemokratie mit solchen Aufstellungen auch noch den Wert der in der Bildung beteiligten Koalition.

Derartige sozialistische Seitenhänge sind geeignet, unser Ansehen im Auslande immer noch mehr zu schwächen. Frankreich ist in seinem unerbittlichen Raubwillen gegen Deutschland bereits so weit, daß es glaubt, seine Zwecke fördern zu können, wenn es die Sozialdemokratie mit Schmeicheleien füttert. Wissen denn unsere Sozialdemokraten gar nicht, daß ihre Genossen im französischen Staat unter Umständen nur dann etwas zu sagen haben, wenn sie in erster Linie französisch denken und fühlen. Eine sozialdemokratische Wirtschaft

Wesentliche Abänderung der Steuererlasse im Reichsrat.

D. Berlin, 24. Okt.

Der Reichsrat erledigte eine Anzahl von Steuererlassen.

Bei der Beratung der Steuererlasse erklärte der preussische Finanzminister, daß die dem Reichsrat vorliegenden Steuererlasse ein ungerechtes Ganzes bilden, das auch nur als solches beurteilt und verabschiedet werden könne. An der Gestaltung und an den Erträgen einer Reihe dieser Erlasse seien Länder und Gemeinden unmittelbar interessiert. Die preussische Regierung kann nur unter dem angeführten Gesichtspunkt zu diesen Erlassen Stellung nehmen. Dieser Erklärung schlossen sich die Vertreter Bayerns, Sachsens, Württembergs, Badens und Thüringens an. Die Reichsregierung ließ erklären, daß in einer Novelle zum Bundessteuergesetz eine gleiche Beteiligung der Länder und Gemeinden, insbesondere zu den Erträgen der Körperschaftsteuer, vorgesehen sei.

Zu dem Entwurf des

Reinheitsgesetzes
hatte Preußen einen Gegenentwurf vorgelegt, der anstelle der Konzentration der Buchmacher eine Reinheitszentrale mit Ausschüssen über das ganze Reich, berufen durch die Reinheitszentrale, errichten wollte. Das Reichsfinanzministerium machte hiergegen geltend, daß eine solche Zentrale mit einem Netz von Ausschüssen erheblich größere Kosten habe als die Konzentration der Buchmacher, deren Zahl dadurch kaum eingeschränkt würde. Mit 54 gegen 20 Stimmen nahm der Reichsrat den preussischen Entwurf an.

Das Verleumdungsgesetz wurde nach den Beschlüssen der Ausschüsse angenommen.

Ein Antrag auf

Herabsetzung der Umsatzsteuer
auf 2½ Prozent wurde angenommen. Dem Reichsrat wurde erweiterte Befugnis bezüglich der Abgrenzung der Umsatzsteuerpflichtigen Gegenstände gegeben. Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Erleichterung der Umsatzsteuer bei Verabreichung von Speisen und Getränken in den Speis- und Schankwirtschaften, wurde abgelehnt. Der Gemeindefiskus wird in Zukunft 40 Prozent betragen, der der Länder 10 Prozent.

Inbezug auf die

Vermögenszuwachssteuergesetz

gelangten die Ausschüsse des Reichsrats zur Annahme, darunter die Verordnung, daß erst ein Zuwachs von über 50 000 Mark steuerpflichtig sein soll. Von einer Befreiung des Wertes (Vermögenszuwachs) aus der Nachkriegszeit sah der Reichsrat ab. Dagegen setzte er bei der Besteuerung von Grundstücken, die innerhalb des Veranlagungszeitraumes erworben sind, den Anschaffungspreis als für die Besteuerung maßgebend ein. Bei den beweglichen Vermögenswerten, besonders Kapitalvermögen, ist für die Besteuerung maßgebend der Kursstand am folgenden drei Zeitlagern: 30. Juni 19, 31. Dezember 19 und 30. Juni 1920. Die Steuerpflicht beginnt bei einem Vermögenszuwachs von 200 000 Mark. Die Steuer wird erhoben in acht Klassen und variiert zwischen eins bis fünfzig vom Hundert. Der Entwurf wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig angenommen.

Bei der

Körperschaftsteuer

schlägt der Ausschuss eine Verdoppelung auf 30 Prozent vor. Das Steuerprivileg für die sogenannten Geschäftseinkünfte bleibt bestehen. Der Entwurf wurde nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen.

Der Entwurf eines

Kraftfahrzeugsteuergesetzes

steht für keine Kraftfahrzeuge nach der Pferdestärke 50 bis 350 Mark vor, während Personenkraftwagen in Klassen von je vier Pferdestärken mit 50 bis 200 Mark besteuert werden. Kraftomnibusse und Kraftfahrzeuge werden je nach der Höhe ihres Eigengewichts mit einer Steuer von 300 bis 2000 Mark belegt. Kraftfahrzeuge mit elektrischem Antrieb genießen eine Steuerermäßigung gegenüber den sonstigen Kraftfahrzeugen um 50 Prozent. Die Besteuerung der Fahrzeuge ohne Motorantrieb wurde der Landesregierung überlassen. Der Ertrag wird auf rund 100 Millionen geschätzt.

Frankreichs Rheinpolitik.

Von unserem außenpolitischen Mitarbeiter.
Moris Barres, der im „Echo de Paris“ nationalpolitische Aufsätze schreibt, gehört zu den Trägern der französischen Rheinpolitik. In der Kammer hat er dieser Tage Briand angegriffen, weil die wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen am Rhein aufgezogen worden seien. Barres begründete seinen Angriff damit, daß Frankreich durch die Aufhebung ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung seiner politischen Pläne preisgegeben habe. Diese Pläne wollen den Rhein zur Grenze Frankreichs machen. Nun waren die wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen an sich vertragswidrig. Die Zollgrenze am Rhein hat der deutschen Wirtschaft erheblichen Schaden zugefügt. Ebenso vertragswidrig sind die militärischen Gewaltmaß-

men. Briand behauptete, die wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen seien verhängt worden, um Deutschland zum Nachgeben zu zwingen. Das ist eine Umkehrung der Tatsachen.

Deutschland war immer bereit, innerhalb der Grenzen seiner Leistungsfähigkeit die Folgen des verlorenen Krieges zu tragen. Ueber diese Grenzen bestanden Meinungsverschiedenheiten, nicht aber die grundsätzliche Verpflichtung. Der Verband hat unter Führung Frankreichs Deutschland zur Anerkennung einer Schadenersatzleistung gezwungen, die alle Sachverständigen des In- und Auslandes als unerfüllbar bezeichnen. Die Tatsachen haben ihnen Recht gegeben, denn die Zahlung der ersten Goldmilliarde ersättigte nicht nur die Wuchstulpe, sondern auch die ganze europäische Wirtschaft. Dafür zeugen die Warnungsreden Lloyd Georges. Frankreich hat sich nicht darum gekümmert. Es will ja nicht nur die Wiederherstellung, es will darüber hinaus auch

die Rheingrenze.

Briand erklärt, die vertragswidrigen militärischen Gewaltmaßnahmen blieben aufrecht erhalten, weil sie der Sicherheit Frankreichs dienen. Dabei hat Briand selbst zugegeben, daß Deutschland entwaffnet sei. Frankreich aber steht in Waffen. Trotzdem fürchtet es für seine Sicherheit. Das ist eine seltsame Luise. Frankreich fürchtet nicht für seine Sicherheit. Es will vielmehr am Rhein bleiben, weshalb es die militärischen Gewaltmaßnahmen aufrechterhält.

Für Deutschland besteht keine Veranlassung, noch länger ruhig zuzusehen. Es muß Frankreich darauf aufmerksam machen, daß die Besetzung Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg vertragswidrig ist. Briand hat in keiner Weise begründet, weshalb Frankreich für seine Sicherheit fürchtet. Aber Deutschland hat zu fürchten, daß ihm das Rheinland geraubt werden soll, wofür nicht nur die geschäftlichen Bedenken Barres zeugen. Dieser Wuchstulpe hat die militärischen Gewaltmaßnahmen als eine Politik der moralischen Abstraktion bezeichnet. Was das für ein Ding ist, weiß Barres vielleicht selber nicht. Wahrscheinlich ist es die französische „Kulturpolitik“, die Barres früher schon einmal empfohlen hat. Nach dem Verlust von Oberschlesien haben wir alle Ursache, auf der Hut zu sein. Frankreich will die Rheingrenze, was nicht nur der Wunsch Barres und Poincarés ist. Auch Briand ist im Grunde ein Anhänger der französischen Rheinpolitik, nur versucht er, sie so durchzuführen, daß selbst die Verbündeten nicht viel davon merken.



Hervorragend billige Kauf-Gelegenheit

Strümpfe

Damen-Strümpfe gewebt, schwarz und farbig . . .	790
Damen-Strümpfe schwarz, grau, lederbraun, grün .	1050
Damen-Strümpfe mit Doppelsohle, Hochferse . 18.50	1350
Damen-Strümpfe Wolle plattiert, englisch lang . . .	1650
Damen-Strümpfe Wolle gewebt, englisch lang . . .	2800
Socken grau gestrickt u. gewebt 6.50, 5.75	490
Cavalier-Socken bleu, grün, marine, lila m. Streifen	975
Füßlinge 6.50 5.90	490
Schwarze Kinder-Strümpfe Wolle plattiert	
Gr. 1 2 3 4 5 6 7 8 9	12.00 13.50 15.00 16.50 18.00 19.50 21.00 22.50 24.00

Trikotagen

Herren-Normal-Hemden gutewoll- gemischte Qual. 46.00, 41.00, 36.50	3100
Herren-Normal-Unterhosen gute wollgem. Qual. 48.00, 34.00, 30.00	2800
Herren-Normal-Jacken 42.00	2900
Damen-Untertaillen Trikot 24.00, 22.00, 19.50	1600
Herren-Einsatz-Hemden neue, modern. Muster 45.00, 39.00, 36.00	3300
Kinder-Normal-Anzüge mit Leibchen und Ärmel, la. Qualität	
Gr. 60 70 80 90 100 110	23.00 26.00 29.00 32.00 35.00 38.00
Kinder-Trikot-Anzüge grau, mit Leibchen und Ärmel	
Gr. 60 70 80 90	14.00 17.00 19.00 20.00
Grubenkittel aus braunem Trikot und braunem Biber 25.00 u.	2200

Wollwaren

Kinder-Sweater grau und blau . . . 25.00, 20.00, 15.00, 11.00, 9.00	700
Kinder-Sweater Wolle, aparte Neuheiten . . . 60.00, 48.00, 45.00	4200
Schwarze Damen-Westen gestrickt . . . 62.00, 59.00, 49.00	3300
Wollene Herren-Schals Neuheiten Plausch u. . . 65.00, 45.00, 42.00, 35.00, 29.00	2500
Schwarze Damen-Westen gestr., m. Ärmel . 125.00, 89.00	7900
Kopftücher schwarz u. farbig, ganz besonders billig 35.00, 24.00	1300
Umschlagtücher in enorm großer Auswahl . 98.00, 85.00, 65.00, 45.00	3800
Chenille-Kopftücher schwarz . . . 65.00, 58.00, 45.00	3500
Grubenhalstücher gute Qualität 16.00	1300
Sportlätze kunstseiden, gestr. Vorhemdchen, schwarz u. weiß, gefüttert . 24.00	1600

Herren-Artikel

Gummihosenträger mit Gummistrippen	975
Gummihosenträger mit Lederstribben . . 17.50, 15.00	1250
Selbstbinder Neuheiten, in enormer Ausw., . . 38.00, 25.00, 19.00, 15.00, 13.00	1100
Kläppchenkragen besonders gute Qual. . 9.50, 8.50	750
Stehumlegekragen 13.00, 11.50	1050

Handschuhe

Damen-Handschuhe Trikot, gute Qualität, mit Raupen 21.50, 14.50, 13.00	1190
Damen-Handschuhe rund gestr., schw. u. farb. . 28.50	1950
Herren-Handschuhe guter Trikot, mit und ohne Futter 29.50, 22.00, 17.50	1675

Strickwolle schwarz, grau, lederbraun, 10 Lot 14.50, 12.50, 10.50, 9.50 **750**

Schlafdecken einfarbig und gemustert, in grosser Auswahl.
Betttücher . . . 64.50 52.50 46.50 37.50 32.50 29.50 **22.50**

HERM. BARUCH & Co.

36 Jahre

Gegründet 1885

36 Jahre

BOCHUM
Bergard- und Kortum-
straßen-Ecke. Tel. 226

Ausbildung z. Chauffeur

erfolgt für Jedermann in der Bochumer Chauffeur-
Schule. Annahme: Hernerstr. 80. Eintritt jederzeit



SOENNECKEN
BONN-
FEDER

Umprefzhüte

für Damen und Herren **sauber und billig** auf hochmoderne Formen.

Sämtliche Hüte werden rot, grün, blau, braun, schwarz gefärbt.
Damenhüte werden zu Herrenhüten, Herrenhüte zu Damenhüten verarbeitet

Rheinisch-Westf. Hutfabrik H. Hort
Größte Spezial-Umprefzhütefabrik Westfalens.
BOCHUM, Rosenstraße 5. GELSENKIRCHEN, Hochstr. 47.

Ashma!

Lungenleiden

1000 da geholt.
Institut Büscher 8-5
Bochum, Bahnhofstr. 40
neben Handelshof.

Schubmader-
Kolibri-Maschine,
gut nähend, billig au
taufen. H. Hengsten
Wellenbrun 13

Werkstätten B. Stadler-Paderborn

Gesamt-Innenausstattung

Zimmereinrichtungen in bekannter gediegener Zweckmäßigkeit und Schönheit
Zeitgemäße Bürgermöbel in besonders niedrigen Preislagen.
Verkaufsstelle und Wohnungs-Ausstellung:
Rottstraße 12 Bochum Fernruf 3980
Auf ernstliche Anfragen erfolgt zügige unverbindliche Vertreterbesuch.

Der Gefellige

Schneidemühl
früher Graudenz

Statt der Ostpreußen.
Mit der B. H. H.

Ostheimat

die Aufgabe aus den
deutschen Provinzen u.
abgetrennten weite
bringt.

Der Gefellige
hat Nachrichten aus dem
nassen Osten.

Altbewährtes
Anzeigenblatt

namentlich für Personal-
Gefühle und Immobilien.
Monatlich Mark 4.50.

Metallbetten
Stahlmatratzen, Kinderbetten
etc. an Private. Katalog 26 H. H.
Eisenmöbelabrik Suhl (Thr.).

Keine schlaflosen Nächte mehr!

Schlaflos-keit ist fast immer das
Zeichen eines allgemeinen Kräfte-
verfalls. Da nennen Sie mit
besten Erfolge unser berühmtes
Wörishofer's Original

- Sozon-Elixier -
Allein echt:
Wörishofer's Kräuterhaus :: Bochum
Fernruf 1575. Viktoriastr. 3. Fernruf 157.

Zentralheizungen,

Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs-Anlagen
Waschkäuen,

Kokssparer zum Einbau in vor-
handene Heizkessel.

Albert Staubach, Jng.
Fernr. 669 Bochum Fernspr. 669

Es treffen
täglich
große
Posten

Höfen

ein, die ich noch
zu den
angebotenen
Preisen abgebe.

Besichtigung
Umsonst

Bochumer Höfenhaus
H. Kurze

Bochum, Hernerstr. 6
Haltest. Kortländer (Linie 2 u. 6) Tel. 2185.

heit

rtikel

975

1250

1100

750

1050

1190

1950

1675

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

auswahl.

2.50

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Bochum, 25. Okt.

Die Stilllegung des Bochumer Vereins.

Der größte Teil der Betriebe des Bochumer Vereins ist gestern nachmittag, aus den in der vorigen Ausgabe schon mitgeteilten Gründen, stillgelegt worden. In wenigen Werkstätten, in denen noch weitergearbeitet wird, werden die Arbeiten wegen des Strommangels auch bald eingestellt werden müssen. Unter dem Vertreter des Reichskommissars Wehlich, Dortmund, Linke, begannen gestern nachmittag um 4 Uhr Verhandlungen zwischen der Leitung des Werkes und den streikenden Maurern, die bis in die Abendstunden dauerten, aber leider zu keinem Ergebnis führten.

Vergleute, seid auf der Hut!

Es wird uns geschrieben:
Die Kommunisten, Spartakisten, Unionisten, Syndikalisten, Anarchisten haben im Ruhrgebiet abgewirtschaftet. Ihre unsinnigen Forderungen, die so viele Vorfälle, die den Phantasien folgten, ins Unglück brachten, hat die Arbeiterklasse zur Genüge zur Genüge gebracht. Die Moskauer dürfen es aber nicht zur Ruhe kommen lassen, sonst bleiben die Rubel aus. So haben sie denn neue Tricks erfunden.

Unter der harmlosen Bezeichnung „Schachtelergerten-Versammlung“ oder „Betriebsratkonferenz“ werfen sie ihre Rede aus, und es gelingt ihnen, zu diesen Konferenzen auch den einen oder anderen Betrugsbüchse, der Unverbändler oder Gewerksvereiner ist. Die Sache ist aber nicht so einfach, daß die Kommunisten die Mehrheit haben, obgleich sie meist Offiziere ohne Kruppen sind. Aber sie sehen es durch, daß schmutzige Resolutionen angenommen werden, die dann in die den Kommunisten zugängliche Presse langiert werden, um die Öffentlichkeit glauben zu machen, hinter den tönernen Phrasen stehe mehr als partakistisches Maulheldentum, als seien auch Vertreter der alten Gewerkschaften mit den unsinnigen Forderungen einverstanden. Schlußwort werden für die 550 000 Vergleute 30 Mark pro Schicht mehr gefordert — täglich 16 1/2 Millionen Mark, jährlich 5 Milliarden Mark, und im gleichen Atemzuge verlangt, daß die Kohle nicht verteuert werden darf! Dabei weiß jeder Bergmann, daß ohne Kohlenpreissteigerung selbst eine kleine Lohnerhöhung nicht möglich ist, da die Staatsregierung die Kohlenpreise immer sehr knapp gehalten hat.

Das wissen auch die Kommunisten. Aber sie wollen um jeden Preis in den Schaffens und agieren deshalb für eine allgemeine Lohnbewegung, ihr Verlangen blüht ja nur, wenn die Arbeiterklasse durch Streiks erregt wird und bereitset. Es ist erfreulich, festzustellen, daß die Gewerkschaften diesem kommunistischen Treiben gegenüber fest bleiben, und daß die Mehrheit, die überwältigende Mehrheit unserer Vergleute der Verunft folgt und nicht den Fegern.

Dennoch muß das Treiben der letzteren genau verfolgt und aller Öffentlichkeit die Verderblichkeit der Mährereien bloßgelegt werden. Die Vergleute mühen auf der Hut sein vor den Menschen, die um fremder Interessen willen sie zu Unbesonnenheiten verleiten wollen.

Die Grundwertzuwachssteuer-Vorlage.

In der Vorlage des Magistrats über die Ordnung für Erhebung einer Grundwertzuwachssteuer, die der Stadtverordnetenversammlung vorliegt, wird u. a. ausgeführt:

Die Beschlußfassung über die Ordnung für die Erhebung einer Grundwertzuwachssteuer ist von der Stadtverordnetenversammlung am 22. Juli 1921

Parteiarbeit der Deutschen Volkspartei

Hauptversammlung des Verbandes der liberalen Vereine von Bochum und Umgegend.

Bochum, 24. Okt.

Bei Belten fand gestern abend die gutbesuchte Hauptversammlung des Verbandes der liberalen Vereine von Bochum und Umgegend statt. Seitens des Hauptvereins der Deutschen Volkspartei nahm Herr Geheimrat Wehrmann an den Verhandlungen teil.

Der erste Vorsitzende Herr Kuhlmann eröffnete die Versammlung mit einigen warm empfundenen Worten, in denen er der gegenwärtigen deutschen Not des Vaterlandes gedachte. Doch trotz alledem, „ein guter Deutscher dürfe den Mut nicht sinken lassen!“

Den Hauptvortrag des Abends hatte Herr Dr. Spermann übernommen, der seit längerer Zeit der Bochumer Parteizentrale seine Kräfte widmet. Der Redner sprach über das Thema: „Der wirtschaftliche Zustand des Reiches“. Er sprach über die wirtschaftliche Lage des Reiches, die er als „eine Zeit der Not und der Gefahr“ bezeichnete. Er sprach über die wirtschaftliche Lage des Reiches, die er als „eine Zeit der Not und der Gefahr“ bezeichnete. Er sprach über die wirtschaftliche Lage des Reiches, die er als „eine Zeit der Not und der Gefahr“ bezeichnete.

verlag worden. Inzwischen sind: a) der Haus- und Grundbesitzerverein Bochum e. V.; b) die Interessengemeinschaft der landwirtschaftlichen Kreisvereine des westfälischen Industriegebietes zu der Steuerordnung gehört worden und haben die anliegenden Einsprüche und Gutachten abgegeben.

Der Einspruch des Haus- und Grundbesitzervereins richtete sich in der Hauptsache gegen die Bestimmung des § 9, Ziffer 2 der ursprünglichen Vorlage, wonach die Aufwendungen für Neu- und Umbauten usw. nicht mehr, wie bisher, dem Erwerbspreis hinzugegerechnet, sondern vom Verkaufserlös in Abzug gebracht werden sollen. Es ist richtig, daß durch diese, der Steuerordnung entnommenen Bestimmungen solche Grundstücke, die während der Eigentumsdauer vom Verkäufer selbst bebaut wurden, neuerlich mehr belastet werden, als die Grundstücke, die bereits bebaut worden und unverändert weiter veräußert werden. Diesen Wünschen dürfte mit Rücksicht auf die Verhältnisse zur Behebung der Grundwertzuwachssteuer zu tragen sein; demgemäß ist die Vorlage nunmehr dahin abgeändert, daß nach § 7, Ziffer 3 die Aufwendungen des Erwerbspreises, wie bisher, hinzuzurechnen sind. Der steuerfreie Zuschlag zu den Aufbauten ist ausgleichend von 15 Prozent auf 5 Prozent ermäßigt worden; wenn die Aufwendungen in der früheren Weise angesetzt worden, ist dieser Zuschlag angemessen.

Dem weiteren Antrage, die etwa durch Mehrverlust usw. entstandenen Ausfälle zu berücksichtigen, wird dadurch Rechnung getragen, daß jetzt in § 9 Ziffer 2 eine Bestimmung entsprechend § 22 Ziffer 2 des Wertzuwachssteuergesetzes aufgenommen ist, wonach der Betrag, um den der Jahresertrag hinter 6 v. H. zurückbleibt, vom Verkaufserlös abzugsfähig ist.

Auch die beantragte Verringerung der gesamten Grundwertzuwachssteuer bei unbebauten Grundstücken erscheint berechtigt, nachdem die Steuer im letzten Jahre auf 1 1/2 Prozent festgesetzt worden ist und eine weitere Erhöhung erwartet werden kann. In § 7, Ziffer 4 (bisher Ziffer 3) ist daher der Zinssatz von 5 auf 6 v. H. erhöht.

Der Einspruch gegen die Erhebung eines Staatszuschlags durch die neue Gemeindeverordnungsordnung, wie ihn die ministerielle Mutterfassung vorsieht, erscheint ebenfalls begründet; der Bezirksausschuß in Marnburg hat auch dementsprechend bereits in

unbedingten Unterwürfigkeit Votum zu sagen und in künftiger deutscher Arbeit klaren nachzusehen. Dieses seinen Weg vorwärts zu gehen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl des Vorsitzenden. An Stelle des wegen Arbeitsüberbürdung zurückgetretenen 1. Vorsitzenden Herrn Kuhlmann wurde durch Herrn Dr. Spermann zum ersten Vorsitzenden des Verbandes der liberalen Vereine von Bochum und Umgegend gewählt. Zweiter Vorsitzender wurde ebenfalls durch Herrn Dr. Spermann zum ersten Vorsitzenden des Verbandes gewählt. Herr Kuhlmann dankte der Versammlung aus und bat Herrn Kuhlmann, der leider zurücktreten müsse, in seiner einstimmigen Wahl zum zweiten Vorsitzenden ein wohlverdientes Vertrauensvotum des Verbandes zu erbitten. Zum Schriftführer wurde Herr Kuhlmann gewählt, zum stellvertretenden Schriftführer Herr Dr. Spermann. Die übrigen Vorstandsmitglieder blieben in ihrem Amte. Um eine noch engere Verbindung mit dem Parteivorstand der Deutschen Volkspartei, dem „Märkischen Sprecher“, herzustellen wurde Herr Direktor Raden zum Vorstand gewählt. Von den beabsichtigten Seiten wurde mit allem Nachdruck betont, daß es Pflicht jeden Parteimitgliedes sei, in erster Linie sich nicht nur selbst für seine eigenen Bedürfnisse des Parteivorstandes, des „Märkischen Sprechers“ zu bedienen, sondern eine ebenso große Pflicht sei es, in Bekanntheit und Gefinnungstreue für die Verbreitung dieses Parteivorstandes, des „Märkischen Sprechers“, Sorge zu tragen.

Zum Schluß dieser in jeder Beziehung anregenden Sitzung fanden noch eine Reihe interner Vereinsangelegenheiten Erledigung.

Steuerordnungen, die von anderen Gemeinden vorgelegt wurden, diese Bestimmungen beanstandet. Der bisherige § 17 ist daher in der Steuerordnung gestrichen.

Die eingetragene Grundbesitzervereinigung kann in der vom Haus- und Grundbesitzerverein geforderten Weise natürlich nicht berücksichtigt werden. Denn dann wäre eine Steuererhöhung überhaupt ausgeschlossen. Dies wäre in gleicher Weise für die jetzt schon bestehende Steuer, sowie viele andere Steuerarten der Fall, insbesondere wäre die Reichsvermögenssteuer nach dieser Argumentation unmöglich.

Der Einspruch der Interessengemeinschaft der landwirtschaftlichen Kreisvereine um Berücksichtigung der Verwendung des erzielten Verkaufserlöses für landwirtschaftliche Grundstücke, läßt sich mit dem Zweck und dem Grundgedanken der Wertzuwachssteuer nicht in Einklang bringen. Es würde das die Bevorzugung einer bestimmten Berufsgruppe bedeuten, die nicht zulässig ist. Mit demselben Rechte könnte der Hausbesitzer, der sein Grundstück veräußert, verlangen, daß ihm die Steuer erstattet wird, sobald er ein anderes Gebäude erwirbt.

Auch der Antrag, als Ausgangspunkt vom Jahre 1880 den heutigen Ertragswert in Ansatz zu bringen, ist nicht zulässig, da der damalige gemeine Wert, selbst im Widerspruch mit dem Grundgedanken der Gleichmäßigkeit der Besteuerung für alle Grundstücke, er wird auch der tatsächliche Wert der eingetragenen Wertsteigerung der Grundstücke in keiner Weise gerecht.

Nachdem die Stadtverordnetenversammlung durch ihren Beschluß zum Haushaltsplan sich bereits grundsätzlich mit der Neuordnung der Grundwertzuwachssteuer einverstanden erklärt hat, beantragt der Magistrat nunmehr die Steuerordnung nach der neuen Fassung selbst zu genehmigen.

Wohnungsbau und Achtsundentag.

Aus Mittellandreisen kehrt uns geschrieben: Ueber die Wirkung des 8- und 10-tägigen Arbeitstages im Wohnungsbau wird von der „Berliner Volksstimme“ G. m. b. H., Friedrichshagen eine interessante Kostenberechnung eines Einfamilien-Doppelhauses gemacht worden. Die Berechnung verdient Beachtung besonders derjenigen Kreise, die

besonders viel von Verbilligung des Baues durch sozialisierte Baubetriebe schreiben und sprechen. Die in der Berechnung aufgeführten Zahlen sprechen, wie von der Gesellschaft einleitend gesagt wird, für sich selbst. Um besonders auf die Kosten derjenigen Arbeiten, welche fast allein aus Lohn bestehen, hinzuweisen, so betrug zum Beispiel die Summe aller Erdarbeiten

im Jahre 1914/15 — Mr. im Jahre 1921 1848 Mr., sie würde heute bei achtstündiger Arbeitszeit 1885 Mark betragen. Die Kostenberechnung ergibt, daß das Einfamilien-Doppelhaus im Jahre 1914 zum Preis von 7700 Mr. hergestellt worden ist, im März 1921 aber bei achtstündiger Arbeitszeit 7350 Mr. gekostet hat, während es bei 10stündiger Arbeitszeit im März 1921 sich auf 56300 Mr. gestellt hätte, also eine Verbilligung des Hauses um 16700 Mr. — rund 30 Prozent. Mit Recht sagt die Gesellschaft in ihren einleitenden Worten in dieser Berechnung:

„Die Frage, wie die zum Ausgleiche der Uebertragung beim Wohnungsbau notwendigen Mittel beschafft werden könnten, beschäftigt heute aufs eingehendste alle, denen die Behebung der Wohnungsnot als eine der dringenden Aufgaben der Zeit erscheint. Die aufgeführten Zahlen zeigen die Wirkung der Einführung des achtstündigen Arbeitstages auf die Ueberwindung des Wohnungsnot. Wenn die, welche unter der Wohnungsnot heute in so starkem Maße leiden, zu der Erkenntnis kommen, in welcher Höhe durch Verlängerung der Arbeitszeit zur Behebung der Wohnungsnot beigetragen werden könnte, dann würde wohl bald der Weg gefunden werden, der zur Verbilligung der Arbeitszeit im Wohnungsbau führt.“

Personalien. Justizobersekretär Bongartz von hier ist zum Amtsgerichtssekretär beim hiesigen Amtsgericht ernannt worden. — Verlegt ist Justizobersekretär Großkurt vom Amtsgericht in Bochum an das Amtsgericht in Essen. — Justizobersekretär Stöckel vom hiesigen Amtsgericht ist aus dem Justizdienst entlassen worden. — Strafanstaltsinspektor Heeger vom Zentralgefängnis Bochum, zuletzt bei der Verwaltung der Arbeitsstellen im Kreise Wiedenbrück, ist zum 1. Nov. 1921 zum Strafanstaltsvorsteher bei der Strafanstalt Hamm ernannt worden.

— Zu den Eingemeindungsverhandlungen, die heute hier stattfinden werden, sind gestern bereits zu inhaltlichen erfolgten Vorberhandlungen und Besprechungen die maßgebenden Herren aus dem preussischen Ministerium des Innern in Berlin hier eingetroffen. Minister Dominicus ist durch die Regierungskreise am Erscheinenden verhindert, für ihn wird Staatssekretär Freund, der Spezialist in Eingemeindungsfragen, die Verhandlungen führen. Ob über das Ergebnis der Verhandlungen Mitteilungen erfolgen oder ob die Regierung es wieder vorziehen wird, zu schweigen, steht noch nicht fest. — Nach einer uns später zur Verfügung stehenden Mitteilung besteuert die Kommission aus Staatssekretär Freund, Ministerialrat Müller, Verbandsdirektor Dr. Schmidt vom Ruhrfedlungsverband und Regierungspräsident König. Heute morgen um 10 Uhr findet im Rathaus eine vertrauliche Besprechung statt mit den Oberbürgermeistern von Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Herne, und heute nachmittag eine Besprechung mit den Vertretern der „Mittelländer“.

Der Industrieplan, herausgegeben vom Verkehrsverband „Industriegebiet“, Essen, ist in seiner neuen Winterausgabe soeben erschienen. In der äußeren Form ist er nicht verändert, hingegen bringt der Inhalt wesentliche Verbesserungen und Vermehrungen, die wir nur als musterhaft anpreisen können. Den Streckenfahrplänen innerhalb der bisherigen Begrenzungslinien sind neu hinzugefügt: 1. die bisher noch fehlenden Strecken des südlichen Teiles von Thüringen, 2. die hauptsächlichsten sächsischen Bahnlinien, 3. fast sämtliche deutschen Personen- und Güterverkehrswege. Als wichtige Verbesserung mag ferner hervorgehoben werden die Einführung von bildlichen Streckenabstellungen in den Fahrplänen selbst, die den praktischen Gebrauch des Kursbuches gegenüber allen anderen Fahrplänen wesentlich erleichtern. Diese Änderung ist außerordentlich dankenswert. Die im Teil II zusammengefügten wichtigsten Reiseverbindungen, die durchgehenden internationalen und Auslandsfahrpläne ermöglichen ein sofortiges Ab-

Schweigen im Walde.

Roman von Richard Stowronnet.

1) (Nachdruck verboten.)
In seiner etwas eigentümlichen Stellung im Schloß lag es, mit jedemman gut Freund zu sein, es mit keinem zu verderben. Im vorigen Frühjahr nämlich, kurz nach ihrem Regierungsantritt, hatte ihn Elisabeth eines schönen Tages draußen auf der Föhlenkoppel beim Elzieren angetroffen und kurzerhand eingeladen, für ein paar Wochen ihr Gast zu sein. In ihrer Freude über das endliche Wiedersehen mit der Heimat hatte sie gewissermaßen das Bedürfnis, jedem, der ihr begegnete, etwas Gutes anzutun. Und der Königsberger Ministerpräsident, der mit überaus großem Interesse die Angelegenheiten des Reiches verfolgte, nahm nur zu gern an. In der Folge aber gefiel ihm das sorglose Waldleben so, daß er nicht mehr aus Fortgehen dachte. In der ersten Zeit nahm er zwar alle vier Wochen einen schicklichen Urlaub, sein längeres Warten zu verdrängen, sagte: „Gnädigste Baroness, eigentlich dürfte ich ja Ihre Gastfreundschaft nun nicht länger mehr in Anspruch nehmen, aber ich hätte in Anbetracht meiner künstlerischen Entwicklung noch so viel nach der Natur zu klammern.“ Da aber darauf jedesmal eine erneute freundliche Einladung erfolgte, so unterließ er nach und nach die Entsagerungen, da er im Minister Schloß nur zu Gast war. Und eines Tages begab es sich, daß die junge Herrin ihn in einer etwas beiläufigen Unterhaltung mit dem Ministerberger Gerichtsverwalter betraf, der durchsichtiger nicht einsehen wollte, daß Stauffel, Leinwand, Wein, Garten und Pflanze zu den unanständigen Reizen gehörten eines der Malfunktion beständigen Jüngers des heiligen Lutas gehören sollten. Da schloß sie lächelnd den Streich, indem sie den Schergen des Königsberger Schatzkassiers anwies, die ein eiliges und erfrischendes Schloßsumme an der Gutschasse zu erheben, dem „Professore“ aber sollte sie klüßigselbend ein auskömmliches Taschengeld aus, das ihm als monatlich von dem Verwalter Wistoff als „Gehalt“

ausgezahlt werden sollte. Beim ersten Male sträubte er sich ein wenig, hielt seiner gnädigen Schutzherrin eine feurige Dankesansprache, in der er sie „Majestät“ hieß, in der Folge aber unterließ er auch diese Anreden, ebenfalls aus dem bereits oben angeführten Grunde. Nicht aber aus Undankbarkeit. Als Sohn armer Schneiderleute, die kaum den Speis erdulden konnten, um die täglichen Kartoffeln abzumägen, war er eines Tages aus dem Reichsland nach Wänden auf die Wanderung gegangen, weil er den Gott in seiner Brust fühlte und den Drang, ein großer Maler zu werden; hatte sich dort ein paar Semester durchgeschlagen, indem er nachts in ein Herbergslokal überging, während er tagsüber aber geistliche und malerische Vorleser erwarb. Er hatte sich ein paar malerische Vorleser erwarb. Er hatte sich ein paar malerische Vorleser erwarb. Er hatte sich ein paar malerische Vorleser erwarb.

aber wirklich und unüberwindlich Mitglied nehmen,“ hätte sich ein allgemeines Verlangen erhoben, denn im Laufe der Zeit war er allen Schloßinsassen mit seinem heitern und freundlichen Wesen unentbehrlich geworden. Bei der abendlichen Tafelrunde aber war er die Seele des ganzen Kreises. Da brach nach jeder Arbeit und unter dem wohligen Gefühl, für den anderen Tag keine Sorgen zu haben, sein frohlockendes Künstlermentament durch, er erzählte Scherz und Scherz, häßliche sich mit dem „Bruder in Woll“, dem blühenden Schloßherrn der Verwalterkinder, oder führte das Schloßpersonal in wohlgeordneten und formidablen Schattenspielen vor. Wenn aber gar an einem besonders lustigen Abend Tante Alteschen auf allgemeines Verlangen mit den Kellnerinnen eintrat und die junge Herrin fragte, ob ausnahmsweise eine Flasche deutschen Schaumweines bestellt werden dürfte, holte er die „Kampfer“ hervor, seine ebenfalls aus den Klauen des Gerichtshofes hergestellte Gläser, und sang Mäckerer Schindeldupletten.

„Maler kan lustige Zeit“, malen zum Selbstver-

haben kan Geld im Saal, rauch'n Tobak!

Wann gar kan Geld mehr ham, geh'n an die

Da komm'n noch mehr j'amm, die a tans hain!

Kulisch, bläb, dufst du u ha ha!

Schloß mit einem kunstvollen Zöcher, und die ganze

Stückchen schloß mit ein, sogar die saure Tante

Alma gab, von der allgemeinen Lustigkeit ange-

lockt, ein fröhliches Beispiel von sich, das aber in

einem Hustenanfall zu erliegen pflegte. Worauf

die regelnmäßig erklärte, sie hätte ihre einsamkeit

schöne Stimme lieber Gottes nach den Mäcken ber-

ja irgend eine Ausrede erfinden, die anderen Bim-
mer wären meinthalben alle best gegeben. Oder
würden neu tapeziert, das war vielleicht noch besser!
Aber was in aller Welt nur diese Eigenmächtig-
keiten? Alteschen hätte doch vorher sagen können
Liebe Alma! nachdem diese wichtige Frage an uns
berangereten ist, wo bringen wir ihn unter? Wir
beide nämlich, Herr Professor! — Sie blüß stehen
und redte ihre dünnen Schenkelhänger zur Verfü-

gung dem Maler vor das Gesicht. „Ihr beide
sind doch vom familiären als Beschäftigten und
seiner Mäde Elisabeth eingelegt worden, mit gleichen
Rechten und Pflichten, also woher nimmt sich meine
Schwester da immer das „Witz“?“

Die Geschichte von der Eingelegung durch den Fa-
milienrat war eine kleine Anekdote, um vor Ferner-
stehenden ihren dauernden Aufenthalt im Schloß
zu beschönigen. In Wirklichkeit aber die haben
aus einer verarmten Seitenlinie des Königsstam-

men den Freiherren von Wände, da sie wegen Ueber-
füllung in dem abigen Schloß von Königsberg bis
lang keine Unterkunft gefunden hatten, im Witten-
berger Schloß aus ein schändliches Gnadenrot. Nur
mit dem Unterbilde, daß Tante Alteschen sich nüt-

zlich machte und dieses Brot nicht umsonst aß, wäh-

rend Tante Alma fast immer „eine Kur ge-

brauchte“, deren Versorgung für die Existenz in der

Wirtschaft unmöglich machte.

Auch diesmal wollte Tante Alteschen, der Maler,
sich geschickt aus der Schlinge zu ziehen.

„Aber, ich bitte Sie, gnädigste Gräfin, das ist
doch nun mal nicht anders. Bis zu einem gewissen
Grade muß die Jugend sich unterordnen. Und
wo Fräulein Schwester doch mindestens fünf-

zehn bis sechzehn Jahre älter ist als Sie...“

Er sprach den Satz nicht zu Ende, sondern be-
nutzte die Gelegenheit, sich den Rest der Gänsebrust,
ein halbes Gänse, auf den Teller zu legen. Tante
Alma aber lächelte geheimnisvoll.

(Fortsetzung folgt.)

Git., Laute, Walz., Zithern-
instr. w. gestellt o. verkauft
werden kann in unserer Geschäftsstelle eingefogen

